auf der Journalistentribüne absolut unverständlich. — Abg. Breitfeld reierirte sodann über eine Beschwerde des Realgymnasialoberlehrers Zettler in Chemnitz über den dortigen Stadtrath wegen des ihm versagten Eintritts in das Stadtverordnetenkollegium. Das dortige Realgymnasium stehe als städtische Schule in der Verwaltung des Stadtrathes, der betreffende Lehrer befinde sich also in einer abhängigen Stellung zum Stadtrath, aus diesem Grunde habe der Letztere mit jener Weigerung volles Recht gehabt. Da das Kultusministerium die Beschwerde bereits verworfen habe, stehe es der Kammer nicht zu, sich noch mit derselben zu beschäftigen und die Deputation beantrage deshalb, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Abg. Kretzbach bestreitet es, daß der Landtag nicht das Recht haben solle, über solche Beschwerden, die dem Ministerium bereits vorgelegen hätten, zu cognosciren. Die Entscheidung des Stadtrathes sei ihm nicht recht begreiflich; es sei eine ganz irrige Ansicht, daß der Besitz eines städtischen Amtes untähig mache zum Eintritt in das Stadtverordnetenkollegium. Dann dürften auch keine Staatsbeamten in der Kammer sitzen. Er beantragt, die Petition zur Berücksichtigung zu übergeben. Abg. Schreck meint, man müsse an dem Prinzip festhalten, daß die Lehrer einer Stadt nicht in das Kollegium eintreten sollten. Doch müsse man in jedem einzelnen Falle die begleitenden Umstände prüfen und dann erst die Entscheidung fällen. Er bitte, für das Deputations-Votum zu stimmen. Abg. Bebel erklärt, es handle sich hier um eine Prinzipfrage. Er habe gar nichts dagegen, wenn die Staatsbeamten keine Stellung in der Volksvertretung und die städtischen Beamten keinen Theil an der Stadtvertretung haben sollten. Da es aber prinzipiell zugelassen sei, daß städtische Lehrer in den Stadtverordneten-Kollegien sitzen, stimme er für den Antrag Kretzbach. Kultusminister Dr. v. Gerber macht darauf aufmerksam, daß sich die Ablehnung des Stadtrathes noch auf einen zweiten Grund stütze. Der betr. Lehrer führe die Aufsicht über das gesammte Turnwesen der Stadt und habe in dieser Eigenschaft öfter mit dem Stadtrath amtlich zu verkehren, insbesondere Anträge zu stellen, Gutachten abzufassen rc. Wenn der Petent zugleich im Stadtverordneten-Kollegium sitze, so könnte diese Doppelstellung zu üblen Konsequenzen führen. Im Uebrigen sei das Ministerium der Ansicht, daß es zu weit gehen heiße, wenn man jedes städtische Lehreramt als ein Hinderniß zur Annahme eines Stadtverordnetenmandates ansehen wollte. Abg. Stolle erklärt, er habe noch nie gefunden, daß das Sitzen von Lehrern in den Stadtverordneten-Kollegien zu Kollisionen mit dem Stadtrath geführt habe. Er meint, der Stadtrath werde wohl ein politischer Gegner des Petenten gewesen sein. Abg. Schreck weist darauf hin, daß in Dresden, wenn Bedenken vorlagen, die im Wesen des Amtes ihren Grund hatten, die Einwilligung zum Eintritt in das Stadtverordneten-Kollegium versagt werde. Dr. Schill konstatirt, daß in Leipzig fortgesetzt Lehrer im Stadtverordneten-Kollegium gesessen hätten. Der vom Kultusministerium angegebene Grund bestimme ihn jedoch, für den Deputations-Antrag zu stimmen. Abg. Clauß-Chemnitz weist den Vorwurf zurück, als habe der Stadtrath von Chemnitz bei seiner Ablehnung politische Motive walten lassen. Abg. v. Hellmann hatte ein schriftliches Referat gewünscht. Abg. Dr. Wehner-Gr. wolle eine Aeußerung Stolle's vernommen haben. Derselbe habe gesagt, die Amtshauptleute wären recht gut im Stande, das Wohl des Volkes zu vertreten. Man möchte sich dieser Aeußerung erinnern, wenn die Sozialdemokraten wieder einmal gegen die Wahl eines Staatsbeamten agitirten. Unter Widerspruch der Kammer berichtet Abg. Stolle, diese Aeußerung gethan zu haben. Abg. Streit beantragt, die Petition an die Deputation zu abermaliger Berichterstattung zurückzuverweisen. Nachdem sich die Abgg. v. Polenz und v. Oehlschlägel gegen diesen Antrag ausgesprochen, wird derselbe gegen 11 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Kretzbach gegen 14 Stimmen. Die Petition bleibt schließlich gegen 11 Stimmen auf sich beruhen.

— Abg. Dr. Schill hat bei der 2. Kammer einen hinreichend unterstützten Antrag auf Abänderung der Notariatsordnung eingebracht. In einer neuen Fassung sollen die betr. Bestimmungen nur lauten: Zu der vor einem Notar stattfindenden Verhandlung, worüber ein Protokoll aufgenommen werden soll, ist die Zuziehung von Notariatszeugen oder eines zweiten Notars künftighin nur in den §§ 23, Abs. 3, §§ 31, 38, 39, 40, 41 der Notariatsordnung gedachten Fällen, sowie bei der Errichtung eines letzten Willens erforderlich. Die §§ 16 bis 20 der Notariatsordnung treten gleich denjenigen Bestimmungen der letzteren und des Gesetzes vom 9. April 1872, welche sich auf die Anwesenheit und Mitwirkung von Notariatszeugen und eines zugezogenen zweiten Notars bei den Verhandlungen oder auf die Unterzeichnung des Notariatsprotokolles durch diese Personen beziehen, für die Fälle außer Kraft, in welchen es deren Zuziehung nach § 1 nicht bedarf.

— Herr Landtagsabgeordneter Gelbke wird durch Krankheit in der Heimath zurückgehalten. Da er als Mitglied der Finanzdeputation der 2. Kammer mit dem Referate über sämmtliche Eisenbahnangelegenheiten betraut ist, so erleidet die Geschäftsbehandlung durch dieses Fernbleiben einen unliebsamen Aufenthalt.

— Heute beginnt sich die Finanzdeputation A der 2. Kammer nach Leipzig bezüglich mehrerer von der Kgl. Staatsregierung projektirter Bauten, z. B. des Universitätsbibliotheksgebäudes; morgen wird dieselbe Deputation noch Schloß Hubertusburg, wo auch verschiedene umfangreiche Bauten projektirt sind.

— Am August v. J. wurde eine Delegirtenversammlung sämmtlicher sächsischer Gartenbauvereine abgehalten und die Gründung eines Verbandes dieser Vereine beschlossen. Mit der Ausarbeitung der Statuten betraute man die Delegirten der hiesigen Gartenbauvereine. Am Montag hat sich nun in einer Versammlung der Delegirten der beabsichtigte Verband konstituirt; die hierbei vorgelegten Statuten fanden Annahme. Es waren 17 Vereine durch 28 Delegirte vertreten, und außerdem waren die Mitglieder der Kommission für Obst- und Gartenbau im Landeskulturrath, sowie endlich ein Vertreter des Landesobstbauvereins mit zur Berathung eingeladen worden und erschienen. Zum Sitz des neugegründeten Verbandes wurde Dresden bestimmt und der Vorstand sodann dementsprechend zusammengesetzt: Kunst- und Handelsgärtner Liebig Vorsitzender, Kunst- und Handelsgärtner Seidel, dessen Stellvertreter, Kgl. Gartendirektor Bouché, Schriftführer, und Kunst- und Handelsgärtner Weigand Kassirer; sämmtliche Herren haben hier ihren Wohnsitz. Herr Liebig begrüßte den Verband in längerer Rede und hob hervor, daß mit Erwerbung der vaterländischen Gartenbau ein Vereinigungspunkt der Bestrebungen angebahnt sei und schloß mit einem Hoch auf Se. Maj. den König. Herr Gartenbaudirektor Bouché, als Kommissionsmitglied im Landeskulturrath, machte noch die Mittheilung, daß der von der vorjährigen Delegirtenversammlung an die Regierung gebrachte Antrag auf Errichtung einer gartenbaulichen Station vom Ministerium bereitwillig aufgenommen und zur Ausführung für die Zeit des kommenden Sommers dem Kgl. botanischen Garten überwiesen worden sei.

— Es ist ganz wohlmalige Verkleinerung bez. Theilung der Parochie der Neustädter Kirche intendirt. Wenn nun auch die Theilung einer sehr zahlreichen Parochie und die Vermehrung der kirchlichen Kräfte im Interesse der Vertiefung des kirchlichen Lebens und behufs der Möglichkeit einer vermehrten Seelsorge eine gewisse Berechtigung hat, so bringt doch ein Zuviel gethan nicht blos eine große Unruhe und Unsicherheit in die Parochianen, sondern hat auch eine große und unverhältnißmäßige Belastung derselben im Gefolge. Es sind jetzt aus der ursprünglichen einheitlichen Neustädter Kirche 4 Parochien geworden. Die Antonstädter Gemeinde erbaut eben unter großen Anstrengungen die Martin-Luther-Kirche; die Parochien St. Petri und St. Pauli können noch gar nicht an den Kirchenbau denken. Und nun will man noch eine vierte Parochie gründen! Das ist doch zu viel. Bietet die große Neustädter Kirche nicht Raum für Tausende von Zuhörern? Eine Parochie ohne Kirche und ohne die Nothwendigkeit und Aussicht, eine solche zu bauen, hat keine Existenzberechtigung.

— Bei dem Freitag den 12. d. M. abzuhaltenden 42. Stiftungsfest des Allgemeinen Turnvereins steht die Mitwirkung mehrerer Mitglieder des Residenztheaters sicher in Aussicht. Die Damen Frl. Bentzing und Goedecke, sowie die Herren Wilhelmi und Connelli haben einige Nummern des hübschen Programms freundlichst übernommen. Ein flotter Tanz wird den Turnern, die das ganze Jahr über fleißig an der Arbeit sind, Gelegenheit geben, zu beweisen, daß sich bei ihnen die Anmuth mit der Stärke gepaart.

— Eine echt amerikanische Reklame hatte gestern der Clown des Cirkus Herzog, Mr. Ashby, gelegentlich seiner Benefiz-Vorstellung an die Straßenecken und Plakatsäulen anheften lassen. Ein zinnoberrothes Plakat trug die große Ueberschrift: „Steckbrief" und darunter stand mit kleiner Schrift „Ich wird Derjenige verfolgt, welcher die heutige Benefiz-Vorstellung des Clown Ashby schwänzt. Der Besuch des Cirkus erfordert keine weiße Kravatte, auch wird bei der Toilette auf Verwendung der „Vatermörder" (wieder mit großen Buchstaben gedruckt) verzichtet." Das Publikum stutzte anfangs erschrocken über „Steckbrief" und „Vatermörder", beruhigte sich aber schnell, als es die Unterschrift des Clowns las.

— Von dem im Juli v. J. verstorbenen Frl. Bertha Etzler ist dem Albertverein ein Vermächtniß von 1800 Mk. ausgesetzt worden.

— Gutem Vernehmen nach wird von der Direktion der Residenzbaubank der Plan ernstlich in Erwägung gezogen, die König Johannstraße mit elektrischem Licht zu beleuchten, in der Weise, daß auch die daselbst gelegenen Verkaufsgewölbe elektrisch erleuchtet würden. Das Projekt ist aber eben noch im Stadium der Erwägung.

— Im Gemeinnützigen Verein hält heute Abend 8 Uhr Herr Geh. Reg.-Rath Dr. Hassel seinen zweiten Vortrag: „Der französisch-russische Krieg vom Jahre 1812".

— Veränderungen bei den Steuerämtern. Die Steuerreceptur Steinigtwolmsdorf, Hauptamtsbezirk Bautzen, wird unter Errichtung einer Legitimationsschein-Ausfertigungsstelle daselbst aufgehoben, und sind die Orte Steinigtwolmsdorf, Ringenhain, Wehrsdorf, Weißa, Tautewalde, Ober- und Niederneukirch mit der Steuereinrichtung an das Nebenzollamt Steinigtwolmsdorf verwiesen, dagegen der dem Hebebezirke Steinigtwolmsdorf zugetheilte Ort Putzkau dem Hebebezirke Bischofswerda, der dem Hebebezirke Neusalza zugehörige Ort Weigsdorf dem Hebebezirke Schirgiswalde und der dem Hebebezirke Bischofswerda zugewiesene Ort Ziedlitz dem Hebebezirke Kamenz zugetheilt; das Untersteueramt in Pausa, Hauptamtsbez. Plauen, ist aufgehoben und an dessen Stelle eine Steuerreceptur errichtet, die Steuerreceptur Elsterberg desselben Bezirkes aber in ein Untersteueramt umgewandelt worden. Die Lokalschlachtsteuereinnahmen zu Beuerwitz und Deuben (Grimma) werden in eine Hebestelle vereinigt werden. In Costewitz (Leipzig) wird vom 1. April d. J. ab eine Lokalschlachtsteuereinnahme errichtet werden.

— Es macht sich in weiteren Kreisen die Ansicht geltend, daß, wenn die vielen Schwierigkeiten, welche sich dem Bau der Kunstakademie auf der Brühl'schen Terrasse entgegenstellen, im Landtage zu dem Beschluß führen sollten, für die Akademie ein anderes Terrain zu suchen, der botanische Garten dazu das geeignetste Areal bieten würde; die Akademie würde dann doch im Kunstviertel bleiben und die Kosten würden nicht höher kommen als jetzt postulirt ist.

— In dieser Woche wird eine Plenarsitzung der Stadtverordneten nicht abgehalten.

— Das städtische Aichamt bleibt während der gegenwärtig stattfindenden allgemeinen Revision der Maaße und Gewichte während des Nachmittags für den Verkehr des Publikums geschlossen.

— In Pieschen trieb am Sonntag Abend wieder einmal ein vielbestrafter Vagabund, ein Handarbeiter Golsche aus Holschdubrau bei Bautzen im schlimmsten Sinne Exceß. Der freche Bursche, der sich seiner Arretur thätlich widersetzte, den Gendarm schlug und ihm auch den Rock zerriß, äußerte nachher „was will ich jetzt draußen, es ist ja Winter". Also hat er den Skandal nur erregt, um wieder einmal auf längere Zeit — bis die Natur wieder schön geworden — sicheres Unterkommen zu finden.

— Vom 1. März ab erhält der Ort Thurm eine eigene Postagentur, welcher die Ortschaften Stangendorf und Niedermülsen zugetheilt werden.

— Aus der Altenburger Gegend kommt die betrübende Kunde, daß die Geflechtindustrie sehr zum Darniederliegen gekommen ist und die Geflecht-Einkäufer ihres großen Lagers halber den weiteren Einkauf ganz bedeutend beschränkt haben, was für viele Familien recht mißliche Folgen mit sich bringt.

— Der Kirchenvorstand zu Plauen i. V. hat betreffs Aufrechterhaltung der Ordnung bei Trauungen Folgendes beschlossen: Alle Trauungen werden nicht als öffentliche, sondern als private gottesdienstliche Handlungen angesehen. Deshalb bleiben die Kirchthüren, eine ausgenommen, geschlossen. Den Eltern der Braut, oder wer sonst die Hochzeit ausrichtet, wird eine beliebige Anzahl von Einlaßkarten, welche sie nach Belieben verwenden können, ausgehändigt. Ohne die bei dem Eintritt abzugebende Karte ist der Zutritt untersagt. Der Zutritt zu den Emporen ist nicht gestattet. Niemand darf in den Gängen des Schiffes stehen, vielmehr hat Jedermann in den Stühlen des Schiffes der Kirche Platz zu nehmen. Bei Beginn der Handlung wird auch die eine Thür zum Schiffe der Kirche geschlossen und nicht eher wieder geöffnet, bis die Handlung vollständig beendigt ist.

— Arbeitertreue. Im vormaligen Jacobi'schen Hüttenwerk in Meißen befinden sich unter dem Personal 32 Arbeiter und 4 Beamte, welche 25—48 Jahre treu und fleißig dem Werke ihre Kraft gewidmet haben. Von Diesen sind 16 Inhaber der großen silbernen Staatsmedaille für Treue in der Arbeit.

— Die Arbeiterkolonie Wunicha in der Oberlausitz ist gegenwärtig bereits so überfüllt, daß sich der schlesische Provinzialverein für ländliche Arbeiterkolonien an die Vorstände der Verpflegungsstationen und Herbergen, sowie an die Ortspolizeibehörden mit dem Ersuchen hat wenden müssen, vorläufig keine Wanderer nach Wunicha zu senden. Nach der Monatsschrift „Die Arbeiterkolonie" betrug der Bestand Ende Dezember in den bestehenden 12 Kolonien 1673 Personen. Entlassen wurden während dieses Monats zusammen 219, und zwar traten in Arbeit 47, 111 verließen die Anstalt auf eigenen Wunsch, 27 wegen Ablaufs der 4 Monate, 6 kehrten in ihre Familien zurück, 12 mußten wegen schlechten Betragens entlassen werden, 5 wegen Arbeitsuntähigkeit, 3 auf Requisition von Behörden, 6 sind entlaufen und 2 gestorben.

— Aus Furcht vor angedrohter Strafe wegen Unredlichkeit hat sich in Johanngeorgenstadt die 15 Jahre alte Tochter eines Bahnbediensteten mit Phosphor vergiftet.

— In Stollberg hat sich dieser Tage die vereinigte Innung der Schlosser, Schmiede, Stellmacher und Sattler neu konstituirt. Diese Innung, welche früher nur die ersteren drei Gewerbe umfaßte, besteht bereits seit reichlich 200 Jahren.

— Der Steinbrucharbeiter Dingen in Rochlitz wurde auf dem Rochlitzer Berge, wo er beschäftigt war, so schwer von einer zurückschnellenden eisernen Brechstange getroffen, daß er durch innere Verletzungen am Freitag denselben erlegen ist.

— Am Montag früh wurde zwischen Wilischthal und Scharfenstein der Handarbeiter K. Heinr. Schneider aus Hilmersdorf, welcher Tags vorher in Zschopau in angetrunkenem Zustande gesehen worden ist, erfroren aufgefunden.

— Aus Schneeberg berichtet man, daß von dem Landesausschuß der freisinnigen Partei in Dresden Versuche gemacht wurden, die Einigkeit unter den Ordnungsparteien im 19. Reichstagswahlkreise zu stören. Durch Inserate werden die „entschieden freisinnigen Männer, welche sich für die Aufstellung eines entschieden freisinnigen Reichstagskandidaten interessiren", veranlaßt, ihre Adresse einzusenden. Seitens der Sozialdemokraten, die bereits mit der Veranstaltung von Waldversammlungen begonnen haben, wird diese Nachricht natürlich mit Freude aufgenommen werden. Dagegen hat die Kandidatur des Fabrikbesitzers Zschiertsch in Geyer durchweg sympathische Aufnahme gefunden und viele einflußreiche Männer haben erklärt, dieselbe kräftigst fördern zu wollen.

Fortsetzung des lokalen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In parlamentarischen Kreisen von Berlin erregt es Aufsehen, daß entgegen der bisherigen Praxis zum letzten Hofballe am Berliner Hofe weder Mitglieder der freisinnigen Partei, noch solche des Centrums eine Einladung erhielten.

Reichstag. Bei dem Gesetzentwurfe, betr. eine Bürgschaft des deutschen Reichs für die Zinsen einer ägyptischen Staatsanleihe, äußerte der Abg. Kayser u. A.: Ich nehme das Wort, damit wenigstens eine Stimme in der deutschen Volksvertretung gegen den Entwurf laut wird, der eine Spekulation der Herren Rothschild und Genossen decken soll. Warum haben denn die Herren Stöcker und Hammerstein hier nichts hören lassen, die doch sonst so viel gegen die Juden eifern. Aber es scheint, sie wollen immer nur die armen Juden treffen, nicht die reichen. Ich kann nicht finden, daß irgend ein Grund vorliegt, zu Gunsten der Firma Rothschild eine Garantie durch das Reich leisten zu lassen. Wir stehen nicht gerade in sehr guten Finanzverhältnissen und da sollen wir noch diese Bürgschaft übernehmen. Egypten ist durch und durch verschuldet, das kann Niemand bestreiten, und um alte Schulden zu decken, macht es immer nur neue. Das Land ist vom internationalen Geldkapital vollkommen ausgepreßt. Nicht einmal die Beamtengehälter können ausgezahlt werden. Da ist es doch sehr bedenklich, daß das deutsche Reich für die neue Anleihe bürgt. Ein solcher Staat verdient nicht, daß man weitere Opfer seinetwegen bringe, blos damit Herr Bleichröder die Summe wieder verdient, die er zum Ankauf des Gutes Schönhausen beigesteuert hat. Ein warnendes Beispiel für die Folgen, die aus solchen Bürgschaften und Einmischungen in fremde Finanzangelegenheiten entstehen, bietet Frankreich mit seiner Finanzpolitik. Aber wie kommt der deutsche Bauer, der deutsche Arbeiter und der deutsche Handwerker dazu, Steuern zu zahlen für die Spekulation gewisser großer Geldmänner? Meine Partei weist daher diese Vorlage ganz entschieden zurück.

Die 8. Kommission des Reichstages hat den Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen in zwei Lesungen berathen und in ihrer letzten Sitzung einstimmig angenommen.

Durch die Zeitungen geht die mancherlei Gedanken hervorrufende Mittheilung, nach welcher Herr Geh. Rath v. Bleichröder einen Bauplatz in der Voßstraße in Berlin angekauft haben soll zu dem Zweck, eine Bebauung dieses Grundstückes zu verhindern, weil dadurch dem Garten des Reichskanzler-Palais Luft und Licht entzogen und überdies sonstige Belästigungen des Reichskanzlers verhindert, der gern und oft in seinem Garten promenirt, veranlaßt werden könnten. Die Nachricht, die eine dem Reichskanzler bewiesene liebenswürdige Aufmerksamkeit konstatirt, ist insofern nicht ganz neu, als das betreffende Grundstück sich bereits seit ca. 14 Jahren im Besitz des Herrn v. Bleichröder befindet; allerdings ist das Terrain bisher nicht bebaut worden.

Am 1. d. M. sind in Kiel bei der 1. Werft- und der 1. Matrosen-Division 900 Mann, darunter 300 vierjährig-freiwillige Matrosen, eingestellt worden. Diese Eingestellten kamen größtentheils aus der Landbevölkerung. Gleich den als 12jährig eingestellten Mannschaften, wird bei den vierjährig Freiwilligen eine möglichst genaue Ausbildung angestrebt. Dieselbe erstreckt sich neben nautischen Uebungen vorzugsweise auf infanteristisches und artilleristisches Einexerziren, sowie auf einen Geschützkursus auf dem Artillerieschulschiffe „Mars".

Der Sekondeleutnant des Hess. Füsilier-Regiments Nr. 80, Franz v. Tiringshofen II., hat sich in Wiesbaden Nachts gegen ½1 Uhr, kurz nachdem er aus einer Gesellschaft zurückgekehrt war, in seiner Wohnung mittelst eines Revolvers erschossen. Die Kugel ist mitten in's Herz gedrungen, so daß der Tod sofort erfolgt ist. Ueber den Beweggrund zur That verlautet nichts Sicheres.

Der bereits angekündigte Antrag der Bimetallisten, die Regierung zu Verhandlungen mit England, Frankreich rc. zur Einführung der internationalen Doppelwährung aufzufordern, unterbleibt wegen Mangels an Unterstützung. Dafür wird ein auch vom Centrum unterzeichneter Antrag eingebracht, welcher die Regierung zum Studium der Währungsfrage einladet.

Die Bürgerschaft von Lübeck hat zur Vergrößerung des Hafens die Summe von 1,562,000 Mark bewilligt.

Die Arbeiterschutzkommission setzte die Debatte über die Kinderarbeit fort, wobei der Zwiespalt in der „freisinnigen" Partei recht augenfällig zu Tage trat. Die Debatte kam noch nicht zum Abschluß.

Sonntag Abend entstand in Berlin in den im 2. Stock des Hauses Jerusalemerstraße 12 belegenen Lagerräumen des Damen-Konfektions-Geschäfts von Herz Feuer, durch welches die dort befindlichen Waaren fast ganz vernichtet und der Dachstuhl des Vorder- und des Seitengebäudes zerstört wurde. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt.

Im Moabiter Gefängnisse bei Berlin wurde der Tischler Schumicht, welcher am 24. Mai v. J. die Frau Weber in Berlin ermordet hat, von dem Scharfrichter Krauts durch Enthauptung hingerichtet.

Auch die Motive zu dem Spiritus-Monopol werden für den Reichstag umgearbeitet. Die Vorlage ist so vielfach abgeändert, daß sie an den Reichstag in durchaus anderer Gestalt, wie an den Bundesrath, gelangen wird. Vor dem 18. d. M. wird eine Plenarberathung für das Spiritus-Monopol nicht stattfinden können, bezüglich der Stellung der süddeutschen Staaten zu dem Monopol wird bekannt, daß dieselben lebhaft an den Debatten theilgenommen, mehrfach Verbesserungs-Anträge eingebracht und durchgesetzt haben und daß diese Staaten sich vorbehalten wollen, nach dem Ergebniß der Berathung sich mit ihren Landtagen über die Einführung des Spiritus-Monopols zu verständigen

Oesterreich. In Dux fand am 6. Abends nach 8 Uhr ein Gerichtsbeamter in dem Hausflur des Stadthauses, in welchem auch das k. k. Bez.-Gericht untergebracht ist, zwei nichtdjustirte Dynamitpatronen vor. Dieselben waren so angebracht, daß sie für Passanten der Einfahrt des betreffenden Gebäudes ev. von der schrecklichsten Wirkung hätten sein können. Es ist anzunehmen, daß die Hinterleger dieses Sprengstoffes in ihrem Vorhaben, die Patronen zu adjustiren, durch die Dazwischenkunft des gedachten Beamten gestört worden sind. Zur Eruirung der Thäter fehlen bisher alle Anhaltspunkte.

Der Magistrat von Wien hat alle Anträge auf Einführung der elektrischen Beleuchtung in Wien in eigener Regie abgelehnt.

Frankreich. Im „Intransigeant" bezeichnet Rochefort mit den wüthendsten Ausdrücken die Verwerfung seines Antrages auf Amnestie als das Ergebniß einer Verschmelzung der Opportunisten und der Rechten; die letztere habe gebolzen, die Amnestie zu verwerfen, damit die ersteren dafür gegen die Verbannung der Prinzen stimmten. Diese gegenseitige Dienstleistung werde fortan die ganze Gesetzgebungsperiode kennzeichnen. Das Handwerk eines Abgeordneten drohe aber so widerlich und schimpflich zu werden, daß man bald keine Leute mehr finden werde, die sich für 25 Fr. täglich zu demselben hergäben und man den Preis verdoppeln müsse.

Paris. In Mèzières hat die Hinrichtung von Nicolaus Gurnot, der am 13. November vom Gerichtshof der Ardennen zum Tode verurtheilt wurde, stattgefunden. Am 5. August v. J. beim ersten Morgengrauen hatte sich Gurnot auf den Weg gemacht, sein Opfer im Gehölz von Autry, dem malerischsten Punkte des ganzen Argonnerwaldes, an der Landstraße von Vievres nach Condé zu erwarten. Er war ein berüchtigter Wilderer, der besonders die Denunciation des Steuereinnehmers Theodule fürchtete, weshalb er demselben, als er sein Geld am 3. August nach Charleville zur Ablieferung tragen wollte, auflauerte. Der Schuß ging aber fehl und kehrte der erschreckte Theodule um, fürchtend, der Attentäter werde ihm folgen. Zwei Tage später zwang ihn aber sein Dienst, doch seinen Präfekten aufzusuchen und wurde er diesmal unterwegs gemordet. Gurnot's Schuß traf den Unglücklichen gerade in's Herz. Als derselbe am Boden lag, bemächtigte sich der Mörder all' seines Geldes, zerstörte die Papiere und verbarg seine Flinte, dann ging er ruhig in's Dorf, wo er seine Braut mit Uhr, Kette, Ring und Krawattennadel des Getödteten beschenkte, ihr lustig erzählend, daß er sie von einem Juden in Zahlung erhalten. Vier Tage darauf wurde er beim Tanze in der Schänke von Montbois gefangen genommen, wobei er so heftigen Widerstand leistete, daß er zwei Gendarmen schwer verwundete. Vor den Untersuchungsrichter gebracht, trat er sehr frech auf, rühmte sich sogar, daß sein Opfer keinen Laut von sich gegeben habe und meinte, man solle ihm als guten Schützen eine Prämie zahlen, anstatt ihn in's Gefängniß zu werfen; selbst bei der Sitzung glaubte er noch nicht, daß er mehr als zwei Jahre Zuchthaus erhalten würde. Das Schwurgericht der Ardennen hatte aber zu viel Gerechtigkeitssinn, um ihn ungestraft zu entlassen. In letzterer Zeit waren die Verbrechen förmlich im Departement an der Tagesordnung. Aus den umliegenden Ortschaften waren zu Fuß, zu Wagen, zu Pferd und zu Boot längs der jetzt sehr überschwemmten Maas die Bewohner gekommen, den traurigen Vorbereitungen zur Hinrichtung beizuwohnen. — Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Herbstmanöver durch den Mobilisirungsversuch eines ganzen Armeekorps mit all' seinen Reserve- und Landwehrklassen genau so wie im Kriege in Szene gesetzt werden soll. Alle nebensächlichen Dienste werden an dem Experiment Theil nehmen, und damit das praktische Studium vollständig sei, wird das mobilisirte Armeekorps den Befehl erhalten, das Territorium eines benachbarten Armeekorps zu besetzen. Das 9., 10. oder 11. Korps, die durch ihre Stationirung im Westen keinen Anlaß zu einer diplomatischen Reklamation geben könnten, werden dazu bestimmt sein. — In monarchischen Kreisen herrscht große Freude über die Verlobung des Herzogs von Braganza mit der Prinzessin Amelie d'Orleans. Man sieht darin einen Akt der Anerkennung seitens der auswärtigen Höfe von der Ebenbürtigkeit der Familie des Grafen von Paris und eine Garantie für die Zukunft der monarchischen Dynastie in Frankreich. — In einer Unterredung, die Prinz Viktor Napoleon mit einem Redakteur des „Figaro" hatte, erklärte er, daß die einzige Regierung Hoffnung auf Lebensdauer habe, die durch das Plebiszit entstanden ist und glaube er, daß bei einer Abstimmung die Majorität des Volkes mehr für das Kaiserreich, als für das Königthum sein würde. Man habe zu verschiedenen Malen gethan, als stände Prinz Viktor in keinem freundschaftlichen Verkehr mit der Exkaiserin Eugenie. Das ist nicht der Fall, Prinz Viktor besucht seine hohe Tante nur deshalb so wenig, weil er sie zu sehr an ihren eigenen entschlafenen Sohn erinnert und der Schmerz über ihren Verlust bei seinem Anblick immer neu auflebt. — Im Chateau d'Eau-Theater fand eine eigenartige Vorstellung statt, ein Meeting der Anarchisten, um gegen die Verhaftung der Meuterer in Decazeville zu protestiren. Die Bühne war zu dem Zwecke mit einer Rednertribüne und drei Reihen Fauteuils aller Arten aus der Vorrathskammer des Theaters dekorirt. Gegen 3000 Menschen saßen im Parterre und in den Logen, als gegen 3 Uhr der Vorhang in die Höhe ging und sich dem Publikum die Redakteure der radikalen Blätter und der Abgeordnete Basly zeigten, der nun eine fürchterliche Brandrede gegen den gemordeten Gurnot

Tapetenlager von G. A. Mann
Dresden, Seestraße 5.
Es findet sich jetzt Gelegenheit